

EGB-Manifest 2019–2023

EGB-Manifest 2019–2023

Wir durchleben eine kritische und herausfordernde Zeit für Europa und für die europäische Gewerkschaftsbewegung.

Wir spüren die Auswirkungen von unregulierter Globalisierung, Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen, die Veränderungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von Klimawandel sowie Digitalisierung und Automatisierung. Aber wir vernehmen auch vermehrt Angriffe auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften und das europäische Sozialmodell sowie das Anwachsen von Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern. Das Problem der Migrations- und Mobilitätsströme, welches oftmals zu Diskriminierung und Ausbeutung führt und darüber hinaus das Aufkommen äußerst rechter, nationalistischer, neofaschistischer und xenophober Kräfte, die die demokratischen Werte der Europäischen Union gefährden – werfen große Bedenken über die Zukunft Europas und der europäischen ArbeitnehmerInnen auf.

Die Gewerkschaftsbewegung hat die Verantwortung, die Demokratie und das europäische Sozialmodell zu verteidigen. Es geht auch darum die wichtigsten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts zu sichern, die auf Frieden, Menschen-, ArbeitnehmerInnen-, Sozial- und Umweltrechten beruhen als auch auf fairen und gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, zu denen einschließlich hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Bildungssysteme gehören.

Zu diesem Zweck haben der EGB und seine Mitgliedsorganisation sinnvolle Maßnahmen für die Zukunft von Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsmarkt in Europa entwickelt. Dabei sollen starke und effiziente Instrumente und Maßnahmen angewandt werden, um die Gewerkschaften bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Damit in Zukunft konkrete und positive Ergebnisse für ArbeitnehmerInnen erzielt werden können. Hierbei konzentrieren sie sich insbesondere auf folgende Schwerpunkte:

eine neue, progressive und nachhaltige Wirtschaftspolitik; Lohnerhöhungen und Aufwärtskonvergenz von Löhnen zwischen Ländern und Branchen; Beschäftigung an hochwertigen Arbeitsplätzen und Verminderung der Wochenarbeitszeit ohne Lohneinbußen sowie Kontrolle über Arbeitszeitregelungen; Verteidigung und Ausweitung von ArbeitnehmerInnenrechten, soziale Sicherung und öffentlichen Dienstleistungen; Relaunch des Sozialdialogs, Stärkung der Tarifverhandlungen durch Ausweitung ihrer Reichweite und Förderung der Mitbestimmung; gerechter nachhaltiger Übergang für unsere Umwelt, nachhaltige Globalisierung, faire Mobilität und eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik auf der Grundlage und Achtung der Rechte und der Gleichbehandlung.

Damit stellen wir sicher, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder verbessert werden und die Zukunft der Arbeitswelt sicher geformt wird.

Wir bauen an einer neuen und stärkeren Gewerkschaftsbewegung, die in der Lage ist zu organisieren und zu mobilisieren. Damit wir die kommenden Veränderungen mitgestalten können und von den Herausforderungen die vor uns liegen profitieren werden. Denn es braucht eine Gewerkschaftsbewegung, die an der Stärkung der Demokratie und des sozialen Fortschritts in Europa mitwirkt.

Eine starke Gewerkschaftsbewegung muss in Zukunft in der Lage sein, vorhandene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiken zu verändern. Auch diejenigen, die jetzt von Rechten und Maßnahmen zum Schutz ausgeschlossen sind müssen miteinbezogen

werden. Beispielsweise Menschen die unter Diskriminierung leiden wie Frauen, junge ArbeitnehmerInnen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, Selbstständige und PlattformarbeiterInnen, ArbeitnehmerInnen in der Schattenwirtschaft, MigrantInnen und mobile ArbeitnehmerInnen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die von irgendeiner Form der Diskriminierung betroffen sind, u. a aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und oder ihrer Geschlechtsidentität.

Die europäische Gewerkschaftsbewegung wird **ein faireres Europa für ArbeitnehmerInnen** aufbauen.

Sparmaßnahmen, Einschnitte und Deregulierung in ganz Europa sind die falsche Reaktion auf die Wirtschaftskrise. Durch Sozial- und Lohndumping, Ausbeutung und Missbrauch von ArbeitnehmerInnen wird der Gesellschaftsvertrag hinter der sozialen Marktwirtschaft der EU bedroht . Die europäische Säule sozialer Rechte und die neue Sozialgesetzgebung sind wichtige Schritte zur Sanierung des europäischen Sozialmodells, aber diese Schritte alleine reichen nicht aus.

Notwendig ist ein erneuerter Gesellschaftsvertrag für Europa, in dem das Verhältnis zwischen drei verschiedenen Gruppierungen in einer Gesellschaft - Staat, Arbeit und Kapital – neu festgelegt wird. Institutionen müssen Verantwortung übernehmen, um die soziale Marktwirtschaft zu stärken. Unternehmen sollten nicht länger in der Lage sein, vom Binnenmarkt nur zu profitieren und ihn dabei gleichzeitig zu untergraben, indem sie Arbeitskräfte ausbeuten oder Steuern und Sozialabgaben vermeiden.

Der EGB startet seinen Aktionsplan für die Ausarbeitung eines erneuerten Gesellschaftsvertrags für Europa. Er arbeitet und verhandelt zu diesem Zweck mit den europäischen und nationalen Institutionen als auch mit den ArbeitgeberInnenverbänden, und zwar im Rahmen von Leitinitiativen wie den Folgenden:

1. Ein soziales Fortschrittsprotokoll soll ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften und sozialen Rechten einen vorrangigen Status einräumen, damit diese in die Verträge aufgenommen und in Folge durch EU-Gesetze und - Maßnahmen umgesetzt werden können.
2. Relaunch eines außerordentlichen Plans für mehr öffentliche und private Investitionen in die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen in allen Wirtschaftssektoren sowie für öffentliche Investitionen in den öffentlichen Dienst, öffentliche Güter und Sozialschutz.
3. Veränderung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU, des Europäischen Semesters und des EU-Haushalts hin zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit, beschäftigungsfreundlichen Investitionen, nachhaltigem Wachstum, fairer und fortschrittlicher Besteuerung. Denn das Ziel aller EU Wirtschaftspraktiken sollte dem Wohlergehen der Menschen dienen.
4. Umbau des europäischen Sozialmodells durch Stärkung und Implementierung der Prinzipien der europäischen Säule sozialer Rechte durch, Gesetze, Richtlinien, soziale Regulierung, Tarifverträge und vernünftige Maßnahmen zur Umverteilung und Aufwärtskonvergenz.
5. Stärkung des zweigliedrigen und dreigliedrigen sozialen Dialogs auf europäischer, nationaler und sektoraler Ebene durch verbesserte Rechtsvorschriften, Strategien, Vereinbarungen und Finanzierung des Aufbaus von Kapazitäten.
6. Eine Partnerschaft für Tarifverhandlungen, soll eine allgemeine Lohnerhöhung und eine steigende Tendenz der Löhne und Arbeitsbedingungen für alle erreichen. Die

Partnerschaft sollte zu Empfehlungen des Rates und möglicherweise zu einer Rahmenrichtlinie führen, um die nationalen Tarifverhandlungen sowie die ArbeitnehmerInnenrechte und Gewerkschaftsrechte in jedem EU-Mitgliedstaat zu stärken und zu unterstützen.

7. Mehr Anstrengungen für die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Mittels Gesetzen und Maßnahmen sollen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere des geschlechtsspezifischen Lohngefälles bekämpft werden.
8. Sofortmaßnahmen gegen den Klimawandel, als auch der Digitalisierung, Automatisierung und Globalisierung mit einem gerechten und nachhaltigen Übergang entgegen treten. Dieser soll durch EU-Gesetzgebung, politische Maßnahmen und zweckgebundene Mittel den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen sicherstellen, sodass niemand zurückgelassen wird.
9. Wettbewerbs- und Unternehmensrecht sollten reformiert und neue Gesetze zu Sorgfältigkeitsprüfungen und Lieferketten im Binnenmarkt verabschiedet werden, damit Sozial-, ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte vollumfänglich respektiert werden.
10. Eine Reform der EU-Rechtsvorschriften betreffend Demokratie am Arbeitsplatz. ArbeitnehmerInnen benötigen vermehrte und verbesserte Informations- und Konsultationsrechte, eine stärkere Vertretung auf Vorstandsebene und eine Etablierung von Europäischen Betriebsräten unter Berücksichtigung des Wandels und der Umstrukturierung der Wirtschaft.
11. Die Zukunft der Arbeit mit EU-Rechtsvorschriften gestalten. Damit prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse abgebaut werden. Rechte und Schutz der ArbeitnehmerInnen sollen auf neue Arbeitsformen ausgedehnt werden. Lohn- und Sozialdumping muss gestoppt und gleichzeitig eine gerechte Mobilität der ArbeitnehmerInnen und Gleichbehandlung gewährleistet werden.
12. Lebenslanges Lernen und das Weiterbildungsrecht sollten durch eine EU-Gesetzesinitiative zur Realität für alle werden.
13. Mehr Maßnahmen zur Entwicklung einer fairen und nachhaltigen europäischen Agenda für Migration, Globalisierung, internationalen Handel, Außen- und Nachbarschaftspolitik – nicht zuletzt durch die vollständige Umsetzung der Agenda 2030 und anderer UN-Abkommen und -Instrumente in Europa, darunter auch die IAO-Übereinkommen.